

Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Schulausschusses

Sitzungstermin: Freitag, 11.06.2010
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:37 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verw. gebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Swieter, Benjamin

SPD-Fraktion

Bamminger, Berendine
Bornemann, Bernd
Götze, Horst für Regina Meinen
Mecklenburg, Rico
Meyer, Lina für Elfriede Meyer

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut für Reinhard Hegewald
Verlee, Carmen

FDP-Fraktion

Bolinus, Erich für Heino Ammersken (bis 18:35 Uhr)
Hoofdmann, Erwin für Rolf Bolinius

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Koziolk, Stephan-Gerhard

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Buischer, Herbert
Kaufhold, Josef Dr.
Pieniazek, Marek für Johanna Wegmann
Schenk, Marion für Birka Brandt

Verwaltungsvorstand

Brinkmann, Alwin Oberbürgermeister
Docter, Andreas
Lutz, Martin Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Sprengelmeyer, Thomas
Buß, Thomas
Baumann, Albert

Protokollführung

Rauch, Agnes

Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Schulausschusses

Gäste

Stolz, Wulf-Dieter
Strelow, Gregor

(bis 17:55 Uhr)

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Swieter begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Swieter erklärt, die Tagesordnung müsse um den Punkt „Verpflichtung stimmberechtigter sonstiger Mitglieder gemäß § 28 NGO“ erweitert werden.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2.1 Verpflichtung stimmberechtigter sonstiger Mitglieder gemäß § 28 NGO

Herr Swieter nimmt die Verpflichtung der stimmberechtigten sonstigen Mitglieder Marion Schenk und Mark Pieniazek gemäß § 28 NGO vor.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 4 Raumbedarf am Schulstandort HRS Osterburgschule / IGS Emden
Vorlage: 15/1608

Herr Brinkmann stellt fest, in der heutigen Ausgabe der Emdener Zeitung sei über die gestrige Sitzung des SPD Ortsvereins berichtet worden. Auch habe er lesen können, welche markigen Sprüche dort gefallen seien. Herr Brinkmann betont, nach der Nds. Gemeindeordnung sei es so, dass die Verwaltung die Vorschläge mache und der Rat über die Verteilung des Geldes entscheide. Der Kämmerer der Stadt Emden habe derzeit einen Mangel zu verwalten und sei dazu da, dieses Defizit abzubauen. Er erklärt, er rate allen, die Angelegenheit Osterburgschule wieder in eine sachliche Debatte zu bringen und sich darauf zu konzentrieren, was machbar sei.

Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Schulausschusses

Herr Brinkmann führt aus, ohne die ganze Diskussion erneut aufrollen zu wollen, sei aus den Protokollen ersichtlich, dass Beschlüsse gefasst worden seien. Die Verwaltung habe sich seit dem Jahre 2008 intensiv damit beschäftigt, wie die künftige Schullandschaft aussehen könne. Vor diesem Hintergrund habe sie den Vorschlag der stadtteilnahen Schulen gemacht. Doch der Rat habe eine Diskussion geführt. Auf der einen Seite seien diejenigen gewesen, die nichts am System verändern wollten, während auf der anderen Seite diejenigen gewesen seien, die in Emden eine IGS haben wollten. Diese Diskussion sei auch immer unter den Gesichtspunkten der finanziellen Entwicklung geführt worden und die Verwaltung habe eine vierzügige IGS am GAT und eine Dependance an der Osterburgschule vorgeschlagen. Dieses hätte den Vorteil gehabt, dass dann auch noch Kinder aus den Gemeinden Hinte und Krummhörn hätten aufgenommen werden können. Doch der Vorschlag der Verwaltung sei abgeschmettert worden, weil die SPD eine fünfzügige IGS an der Osterburgschule aufbauen wollte. Von diesem Zeitpunkt an habe man über Wochen darüber diskutiert, ob Borssum eigentlich noch stadtnah sei und ob die bereits stattgefundenen Elternbefragung vor diesem Hintergrund anders ausgefallen wäre. Heute seien drei Dinge bekannt. 1. Es sei zu kurz gesprungen gewesen, dass man nicht den Mut gehabt habe, das GAT auslaufen zu lassen und dort eine IGS einzurichten. 2. Durch die heutigen Zahlen sei bestätigt worden, dass die Eltern sehr wohl eine IGS haben wollten. 3. Zudem sei Borssum durchaus noch stadtnah. Alle diese Punkte seien in der abschließenden Ratssitzung in Frage gestellt und diskutiert worden. Die Verwaltung habe auf Bitten des Rates damals gesagt, dass eine IGS in Borssum ca. 5 Mio. € kosten werde. Gleichzeitig hätte eine IGS am Standort GAT mit einer Außenstelle an der Osterburgschule 7 Mio. € gekostet. Der Rat habe mit Mehrheit beschlossen, eine fünfzügige IGS an der Osterburgschule einzurichten. Dieses habe man in Gang gesetzt. Deshalb gehe es nunmehr auch nicht mehr um die IGS, sondern darum, dass gleichzeitig noch Rückläufe zur Haupt- und Realschule dazu führten, dass anstatt von 15 Klassenräumen 18 Klassenräume benötigt würden. Aus diesem Grunde sei der erste Auftrag an die Verwaltung gewesen, wie könne der Ratsauftrag so umgesetzt werden, dass zusätzlich drei Klassenräume beschafft würden. Dabei sei bekannt, dass bis spätestens zum Jahre 2015 weitere 20 Klassenräume benötigt würden. Das sei allen bekannt gewesen.

Herr Brinkmann führt weiter aus, eine Containerlösung sei gar nicht das Problem. Das Problem sei, wenn die IGS langsam in die Haupt- und Realschule hineinwachsen wolle, dass zusätzliche Klassenräume benötigt würden. Spätestens zum Schuljahr 2013 müsse es soweit sein, dass das komplette Programm ausgeführt worden sei. Die Verwaltung habe nunmehr zwei Varianten ausgearbeitet und mehrere Standorte für die Planung überlegt. Dieses sei jedoch nur möglich unter der Voraussetzung, dass der Rat die Mittel zur Verfügung stelle, da sie weder im Haushalt noch in einem zu planenden Nachtrag vorhanden seien.

Abschließend fasst Herr Brinkmann zusammen, es gehe hier darum, die IGS anständig in die Haupt- und Realschule Osterburg hineinwachsen zu lassen, ohne dass die Haupt- und Realschüler darunter leiden müssten.

Herr Buß erklärt, die Verwaltung habe verschiedene Möglichkeiten angedacht, an welchen Standorten überhaupt die Erweiterungsbauten oder mobile Klassenräume aufgestellt werden könnten. Dabei sei man natürlich in der Planung sehr eingeschränkt.

Herr Buß erläutert anhand eines Lageplanes der Osterburgschule die Anbauten zur Ganztagschule und stellt fest, dass der Bauteppich insgesamt schon ziemlich verbraucht sei, sodass die Möglichkeiten aufgrund des Baurechts sehr eingeschränkt seien. Insofern sei es möglich, einen Trakt neben der Turnhalle zu errichten. Dort wäre Platz für max. zwölf Räume. Die Möglichkeit, vorübergehend drei mobile Klassenräume zwischen Fußballplatz und Aschenbahn aufzustellen, habe man schnell wieder verworfen. Auch sei es möglich, am Standort C fünf mobile Klassenräume aufzustellen und am Standort D einen großen Erweiterungsbau zu planen.

Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Schulausschusses

Herr Buß führt aus, nach Auffassung der Verwaltung sei die erste Variante umsetzbar, die vorgesehen würde, zum 01.08.2010 drei mobile Klassenräume am Standort C aufzustellen. Zum 01.08.2011 seien wieder zusätzlichen Räumlichkeiten erforderlich, da die drei Klassen der Osterburgschule, die die Schule verlassen würden, für die IGS nicht genügend Räumlichkeiten freimachen würden. Ein Erweiterungsbau mit zwölf Räumen wäre am Standort A neben der Turnhalle machbar und würde für zwei Jahre ausreichen. Zum 01.08.2013 müsste ein weiterer Erweiterungsbau fertig gestellt werden und auch die vier Räume im Zwischentrakt zwischen Mensa und Pausenhalle müssten abgerissen werden. Ersatzmöglichkeiten würden dann in diesem Erweiterungsbau in Modulbauweise zu finden sein. Eine Lösung wäre sowohl ein Massivbau als auch eine Modulbauweise. Hier könnte ein zweigeschossiger Baukörper entstehen, der 20 Räume enthalte. Danach könnten dann die drei mobilen Klassenräume wieder entfernt werden. Die Verwaltung schätze die Kosten für einen Modulbau am Standort A und einem massiven Neubau am Standort D auf ca. 5,2 Mio. €. Bei einer Ausführung in Modulbauweise für beide Baukörper würde man bei ca. 5,6 Mio. € liegen.

Hinsichtlich einer Variante 2 erläutert Herr Buß, hier wäre es denkbar, dass zum 01.08.2010 zunächst einmal drei mobile Räume am Standort C neben der Mensa aufgestellt würden. Zum nächsten Schuljahr würden an diesem Standort zwei weitere mobile Räume hinzugefügt werden und sechs mobile Räume am Standort A neben der Turnhalle. Das habe zur Folge, dass bereits zum 01.08.2012 ein sehr großer Erweiterungsbau in Massiv- oder Modulbauweise dreigeschossig fertig gestellt werden müsse. Dieser Baukörper würde 30 Räume am Standort D zwischen Mensa und Pausenhalle bieten. Bei dieser Variante könnten keine weiteren mobilen Klassenräume aufgestellt werden, weil man in die Zweigeschossigkeit mit den mobilen Räumen gehen würde und dieses habe höhere Gründungskosten zur Folge. Bei dieser Variante würden mit dem massiven Neubau Kosten von insgesamt 4,7 Mio. € entstehen, bei einem Modulbau ca. 5,9 Mio. €.

Abschließend stellt Herr Buß fest, die Verwaltung schlage die Variante 1 vor, weil in diesem Fall zwei neue Erweiterungsbauten zu errichten seien. Zudem hätte man hier die Möglichkeit, eine Sekundarstufe II an der IGS einzurichten. Dazu müsste zu gegebener Zeit der Standort D noch einmal aufgestockt werden.

Herr Brinkmann bittet Herrn Baumann um Stellungnahme bezüglich der kurzfristigen Zurverfügungstellung der Container.

Herr Baumann erklärt, er habe sich bereits erkundigt. Demnach seien zwei Firmen auf jeden Fall in der Lage, drei Schulcontainer bis zum 01.08.2010 aufzustellen. Jedoch würde dieses bedeuten, dass der Rat relativ zügig den Auftrag erteilen müsse, damit die Verwaltung umgehend in die Beschaffung der Container einsteigen könne.

Herr Brinkmann teilt mit, er werde für den kommenden Montag eine Verwaltungsausschusssitzung einberufen, die sich ausschließlich mit diesem Thema beschäftige. Weiter schlage er vor, dass der Schulausschuss der Verwaltung ein Plazet geben würde, damit die Planungen in der Form vorangetrieben werden könne, dass auf dem Standort A zwölf Einheiten, auf dem Standort D ein Massivbau für 20 Einheiten geplant und umgesetzt und auf dem Standort C die drei aufzustellenden Container wieder entfernt werden könnten. Zudem gehe es heute um den Auftrag, die Container soweit mit den finanziellen Auswirkungen für das Jahr 2010 vorzubereiten. Er bemerkt, im Vorfeld seien Summen über 200.000 € genannt worden, die heute jedoch keinen Bestand mehr hätten.

Herr Baumann bemerkt, in der letzten Schulausschuss-Sitzung sei man in einem relativ frühen Stadium gewesen, in dem man sich an die Planung von einer Containeranlage für das Schuljahr 2010/2011 herangemacht habe. Erst in der zweiten Aprilhälfte habe das Gebäudemanagement die entsprechenden Informationen vom Fachdienst Schule und Sport erhalten, dass am

Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Schulausschusses

Standort Osterburgschule nicht nur drei Container benötigt würden, sondern auch mittelfristig noch weitere Container. Vor diesem Hintergrund habe das Gebäudemanagement versucht, die Kosten hierfür in Erfahrung zu bringen. Die Kosten für die eigentliche Containeranlage seien zu dem Zeitpunkt genauso hoch gewesen wie jetzt. Seinerzeit sei jedoch noch die Pfahlgründung hinsichtlich der Zweigeschossigkeit hinzugerechnet worden. Zudem sei überlegt worden, den Schulhof um die Fläche zwischen der jetzigen Hausmeisterwohnung und dem alten Orientierungsstufentrakt zu erweitern. Hinzu seien noch die erhöhten Anschlusskosten für den vorgesehenen zweigeschossigen Containerbau gekommen. Diese Posten seien die Differenz zwischen dem ursprünglich im Schulausschuss genannten 280.000 € gewesen.

Herr Brinkmann stellt abschließend fest, jetzt müsse der Rat entscheiden, wie er mit dem Vorschlag der Verwaltung, der ihm hier unterbreitet worden sei, umgehen werde.

Herr Swieter bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Renken ist der Ansicht, dass die hier vorgelegte Beschlussvorlage einleuchtend sei und auch das korrigiere, was in der letzten Schulausschuss-Sitzung vorgelegt worden sei. Zudem biete sie eine praktikable Lösung an auf einen Weg, den die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen so nicht gewollt habe, jedoch Beschlusslage des Rates sei.

Herr Renken stellt fest, dass die überwältigen Anmeldezahlen für die IGS ein Zeichen dafür seien, dass eine IGS in Emden seit Jahren bereits überfällig gewesen sei. Er bedankt sich bei dem Förderverein der IGS für das Engagement und bei der hoch motivierten Planungsgruppe für das in kurzer Zeit vorgelegte überzeugende pädagogische Konzept. Es habe letztlich gezeigt, dass das Konzept einer Schule für die Eltern wichtiger sei als die Lage des Standortes. Trotz dieser ganz wichtigen Erkenntnis würden CDU und FDP im Rat immer wieder versuchen, einen erfolgreichen Start der IGS in Zweifel zu ziehen. Im Kern gehe es seiner Überzeugung nach nicht um die Lösung eines verträglichen Übergangs zwischen alter und neuer Schule in Borssum, sondern politisch gegen eine Schulform, die eine Alternative zum gegliederten System biete. Diese Alternative sei durch die Wahl von rund 40 % der Eltern eines Schuljahrgangs bestätigt worden.

Weiter führt Herr Renken aus, in der Öffentlichkeit sei diese Erfolgsgeschichte durch die Art und Weise der Behandlung beinahe überlagert worden, zumal auch die nicht eingeplanten und nicht ganz vorhersehbaren Veränderungen bei den Klassenteilungen an der Osterburgschule zu einem aktuellen Fehl in den Klassenräumen geführt habe. Doch dieses sei nicht durch die IGS verursacht worden.

Herr Renken bemerkt, in der letzten Schulausschuss-Sitzung hätten sich die Vertreter der SPD, CDU und FDP mit der Forderung nach einem Umzug der IGS in die Wallschule hervorgetan und eine Containerzwischenlösung an der Osterburgschule abgelehnt. Er habe für seine Fraktion dagegen Verlässlichkeit und Berechenbarkeit auf der Grundlage des Ratsbeschlusses eingefordert. Weiterhin habe er davor gewarnt, mit Hektik und Schnellschüssen überzureagieren. Leider ist dieses in den Folgewochen doch geschehen. Er bedauere auch, dass Herr Lutz in der letzten Schulausschuss-Sitzung die Stimmung angeheizt habe, indem er immens hohe Kosten und Beschaffungszeiten für eine Containerlösung anführte. Heute habe sich gezeigt, dass offenbar der Informationsfluss in der Verwaltung dafür eine Ursache gewesen sei.

Herr Renken geht noch einmal auf die Situation im Jahre 2009 zurück. Damals habe seine Fraktion den Verwaltungsvorschlag unterstützt, die IGS am Standort des GAT zu gründen. Um die vielen Zweifler zu überzeugen, habe man - wie im Übrigen auch der Förderverein - vorgeschlagen, übergangsweise die Wallschule zu nutzen und aufgrund der tatsächlichen Anmeldezahlen den notwendigen Rückhalt für einen innenstadtnahen Standort am GAT zu gewinnen. Damit hätte man eine wesentlich kostengünstigere Lösung realisieren können.

Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Schulausschusses

Dagegen hatten sich CDU und FDP auf die Seite des Protestes aus dem GAT geschlagen und versucht, einerseits eine Entscheidung über die Nutzung des GAT-Standortes zu verhindern und andererseits den Start der IGS in diesem Jahr auch abzuwenden, indem man einen Antrag auf Neubefragung der Eltern gestellt habe. Die SPD habe sich aufgrund des massiven Widerstandes aus politischen Gründen für den Standort Osterburgschule entschieden und 2,4 Mio. € veranschlagten Mehrkosten für diese Varianten seien laut Aussage von Herrn Bornemann als politischer Preis in Kauf genommen worden. Dieses sei von seiner Fraktion kritisiert worden, nicht aber die Gründung einer IGS zum Schuljahr 2010/2011. Seiner Meinung nach wäre ein Start an der Wallschule möglich gewesen, wenn der Rat dieses im Juni 2009 beschlossen hätte. Diese Diskussion sei jedoch beendet und auch nicht mehr rückholbar. Herr Renken ist der Ansicht, wer wenige Wochen vor dem Start der IGS den Weg der Wallschule propagiere, der betreibe eine scheinheilige Politik.

Weiter führt Herr Renken aus, der Vorschlag der Verwaltung, kurzfristig die Containerlösung zu realisieren, sei richtig. Es sei jetzt deutlich geworden, dass dieses bis zum Schuljahresbeginn möglich sei. Man müsse gleichzeitig mit den Planungen für die weitere Entwicklung der Schule beginnen, damit diese auch bei den Haushaltsberatungen besprochen und entsprechende Beschlüsse befasst werden könnten. Dabei müsse bedacht werden, dass bei einer Fünfüzigkeit bis zum Abitur das Raumangebot der Osterburgschule noch mehr erweitert werden müsse, während anderenorts Räume im erheblichen Umfang an Schulen frei würden. Obwohl dieses vor dem Hintergrund eines andauernden Haushaltsdefizits nicht immer einfach darzustellen ist, müsse diese Aufgabe geschultert werden, wenn es notwendig sein sollte, die städtische Bildungslandschaft zukunftsgerecht zu gestalten. Seiner Meinung nach müsse zugleich auf Landesebene darauf hingewirkt werden, dass die in vieler Hinsicht teure Fünfüzigkeit zugunsten kleiner Gesamtschulen abgeschafft werde. Dann hätte man die Möglichkeit, eine zweite IGS in der Stadtmitte zu gründen. Herr Renken betont, es sei nicht hinzunehmen, dass 50 Kindern in dieser Stadt eine Absage erteilt worden sei aufgrund der Verhinderungspolitik im Land Niedersachsen. Den Kindern und Eltern müsse eine Perspektive geboten werden, wie dieses Aussortieren mit seinen negativen Wirkungen auf die Zukunft der Kinder in Zukunft verhindert werden könne.

Herr Bornemann erklärt, der eigentliche Anlass für die heutige Sitzung sei ein nicht vorhersehbares Problem gewesen. Nach allen bisherigen Planungen sei man bisher davon ausgegangen, dass es in diesem Jahr überhaupt nicht zu Problemen kommen würde. Er führt weiter aus, seit einigen Tagen sei bekannt, dass 200 Anmeldungen für die IGS am Standort Borssum vorliegen würden. Für seine Fraktion sei dieses ein wirklich überwältigend gutes Ergebnis, zumal der Standort im Grunde genommen von vornherein zum Scheitern verurteilt worden sei. Nunmehr zeige sich, dass die SPD-Fraktion mit ihrer Überzeugung richtig gelegen habe und die Schulform der IGS zusätzlich zu den bisherigen Schulformen von Kindern und Eltern gewünscht worden sei. Hinsichtlich des Antrages aus den Reihen der CDU und FDP auf eine erneute Elternbefragung habe er geantwortet, dass diese zwangsläufig zu einem weiteren Schuljahresverlust führen würde und man dringend Veränderungen in der Schullandschaft auf den Weg bringen müsse. Seinerzeit hätten sich in der Befragung im 3. Schuljahrgang 202 Eltern für eine IGS ausgesprochen. Das Ergebnis habe letztendlich gezeigt, dass ein mehr als ausreichendes Bedürfnis für die Errichtung einer IGS vorliegen würde und keine neue Elternbefragung notwendig sei. Dem sei ganz heftig widersprochen worden. Nunmehr stelle er heute fest, dass die SPD im Juni letzten Jahres mit ihrer Auffassung, eine Entscheidung zu treffen, richtig gelegen habe. Zu bedauern sei jedoch, dass 50 Kindern und Eltern eine Absage erteilt werden müsste, da von einem solch überwältigen Ergebnis bei den Planungen wirklich nicht ausgegangen worden sei.

Herr Bornemann betont, in der Diskussion sei immer wieder die Wallschule aufgetaucht. Seitens der SPD-Fraktion wolle man hier eine ganz klare Absage erteilen, da dieser Standort keinerlei Perspektive für die Errichtung und Entwicklung einer IGS bieten würde. Aufgrund der vor-

Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Schulausschusses

handenen 16 allgemeinen Klassenräume hätte eine IGS dort gerade einmal für zwei Jahre Platz. Zudem fehle eine Mensa, die Sporthalle sei zu klein und ausgestattete Fachräume seien ebenfalls nicht vorhanden. Weiterhin sei den Kindern und Eltern, die sich jetzt für eine IGS entscheiden würden, nicht bekannt, wie es in zwei Jahren weitergehe. Seiner Meinung könne es nicht sein, dass ein solcher Standort ohne jede Perspektive in die Diskussion geworfen werde.

Herr Bornemann erklärt weiterhin, er sei der Verwaltung außerordentlich dankbar, dass sie mit der Beschlussvorlage einen Vorschlag auf den Tisch gelegt habe, der die Situation der Haupt- und Realschule Osterburgschule wirklich sehr befriedigend regeln und einen weiteren Ausblick in die weiteren erforderlichen Planungen geben würde. Im letzten Jahr habe er gesagt, dass das der SPD die Sache wert sei. Gerade in Haushaltszeiten, wie man sie derzeit habe, sei es natürlich eine Aussage, die ganz schwer auszusprechen sei. Dennoch sei seine Fraktion der absolut grundlegenden Überzeugung, dass die Einrichtung einer IGS notwendig sei, da bei der Bildung der Kinder nicht gespart werden dürfe. In der Zukunft werde jedes Kind benötigt, da man in eine Zeit hineingehe, in der viel weniger junge Menschen für das Berufsleben zur Verfügung stünden. Aus diesem Grunde dürften auf den Weg dorthin in keinem Bereich Kinder verloren gehen. Deswegen sei diese Schulform als Ergänzung sehr wichtig.

Abschließend bemerkt Herr Bornemann, die SPD-Fraktion werde dem Vorschlag auf Errichtung der drei mobilen Klassenräume selbstverständlich zustimmen, weil es genau ihrem Anliegen entsprechen würde. Weiterhin würde seine Fraktion auch ihre Zustimmung zu dem Auftrag geben, damit weitere Planungen auf den Weg gebracht werden könnten.

Herr Kaufhold weist darauf hin, es stehe nur noch sehr wenig Zeit zur Verfügung. Daher sollte man seiner Meinung nach möglichst rasch den Vorschlag des Oberbürgermeisters aufgreifen und umsetzen und sich nicht aus unterschiedlichen wahlpolitischen Gründen mit der Geschichte beschäftigen. Dazu sei seines Erachtens die Zeit einfach zu knapp.

Herr Bolinius stimmt den Ausführungen von Herrn Kaufhold zu und betont, heute würde es nicht um die IGS gehen, die von der FDP-Fraktion nicht abgelehnt worden sei. Nach Ansicht seiner Fraktion, sei dafür die Zeit noch nicht reif gewesen. Die jetzige Situation sei von der SPD zu verantworten, da sie im vergangenen Jahr in einer übereilten Aktion den Beschluss durchgesetzt habe. Die Konsequenzen seien von allen vorausgesehen worden.

Hinsichtlich der Aufstellung von Containern erklärt Herr Bolinius, dass es in Containern durch zahlreiche Nebengeräusche unerträglich laut und im Sommer sehr schnell stickig sei. Somit sei eine vernünftige Lehrstoffvermittlung nicht gesichert. Dennoch sei diese Lösung unumgänglich. Seine Fraktion stehe voll hinter den Forderungen der Haupt- und Realschule Osterburg. Die Aussage von Herrn Haase in der Ostfriesen Zeitung, dass die neue Schule Vorrang haben müsse, sei von ihm zurückgenommen worden.

Anschließend betont Herr Bolinius, er werde der Errichtung der drei mobilen Klassenräume zustimmen. Jedoch könne er über die Beauftragung zur weiteren Planung des Raumbedarfs nicht abstimmen, da dieses zunächst in den Fraktionen behandelt werden müsse. Weiterhin wirft er die Frage auf, was ein Start der IGS an der Wallschule kosten werde.

Herr Brinkmann stellt heraus, wenn jetzt durch eine längere Beratung eine Verzögerung stattfinden würde, müsse man das den Eltern gegenüber verantworten. Ein Beginn in der Wallschule koste der Stadt Emden rund 500.000 € für zwei Jahre. Seiner Meinung sei das Geld „aus dem Fenster geworfen“.

Herr Bongartz führt aus, vorweg gehe es um die Problemstellung, dass die Haupt- und Realschule durch die Planungen der IGS nicht weiter beeinträchtigt werde und in Ruhe zu Ende geführt werden könne. Dazu würden drei Container benötigt, denen seine Fraktion auch zustim-

Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Schulausschusses

men würde. Nicht nachzuvollziehen könne er jedoch die Architektenkosten in Höhe von 12.000 €

Herr Bongartz weist darauf hin, dass es bei dieser Vorlage nicht um die IGS gehe, sondern um die Lösung der Raumprobleme der Haupt- und Realschule. Die Verwaltung habe seinerzeit den Schulentwicklungsplan der Stadt Emden fortgeschrieben und einen Vorschlag gemacht, der ganz eindeutig Stadtteilschulen und keine IGS vorgesehen habe. Dieser Vorschlag habe seine Fraktion überzeugt. Auch heute noch halte er diesen für vernünftig. Anschließend habe man über die IGS diskutiert. Die CDU-Fraktion hätte sich nicht dagegen gewehrt, wenn vor der Befragung der Standort festgelegt worden sei. Auch die finanzielle Situation hätte vorab geregelt werden müssen. Beides sei jedoch nicht geschehen. Hinsichtlich der Wallschule bemerkt Herr Bongartz, die Summe in Höhe von 500.000 € sei ihm bisher nicht bekannt gewesen. Allerdings hätten sich die späteren Betreiber der IGS die Wallschule als einen Standort gut vorstellen können.

Weiter stellt Herr Bongartz fest, jetzt werde für die IGS ohne die Oberstufe 5,5 Mio. € ausgegeben. Wenn auch noch eine Oberstufe dort eingerichtet werde, benötige man erneut einen Anbau. Hinzu käme auch noch eine neue Turnhalle, da die vorhandene Halle für die Masse der Klassen nicht ausreichen werde. Anschließend sei am Standort der Osterburgschule eine wunderbare IGS eingerichtet und dann müsse man feststellen, dass aufgrund des demographischen Wandels das GAT evtl. nur noch zweizügig sei. Herr Bongartz betont, er lasse sich heute nicht unter Druck setzen und könne auch nicht über solche hohen Beträge abstimmen, ohne sich vorher in der Fraktion darüber beraten zu haben, zumal das Geld im Haushalt der Stadt Emden auch nicht vorhanden sei.

Herr Swieter bittet die Ausschussmitglieder, zu dem eigentlichen Tagesordnungspunkt zurückzukommen.

Herr Bornemann zeigt sich erstaunt über die Äußerung von Herrn Bolinius, dass er das Ergebnis der Anmeldungen, welches seit fünf Tagen bekannt sei, als Vergangenes bezeichne. Er habe lediglich sachlich dargestellt, dass sich die SPD-Fraktion von diesem Ergebnis in ihrer Entscheidung mehr als bestätigt fühle. Seine Fraktion habe immer im Hinblick auf die Schulentwicklungsplanung gesagt, dass man den Elternwillen zu ihrer Prämisse mache. Genau dieses habe man umgesetzt. Anhand der Entscheidung der Eltern sei es deutlich geworden, dass das bisherige Schulsystem nicht so wunderbar funktionierend gesehen worden sei.

Hinsichtlich der Äußerung von Herrn Haase in der Presseerklärung bemerkt Herr Bornemann, Herr Haase habe niemals gemeint, dass die IGS Vorrang vor der Haupt- und Realschule habe. Er habe sich hier falsch ausgedrückt und bedauere dieses.

Weiter erklärt Herr Bornemann, der Ausschuss entscheide heute nicht über 10 Mio. €, sondern er wolle der Verwaltung neben der Entscheidung, drei mobile Klassenräume anzuschaffen, ermächtigen, zur weiteren Planung des Raumbedarfs notwendige Aufträge zu erteilen. Über die dann vorgelegten Planungen werde der Rat zu gegebener Zeit entscheiden. Zudem benötige die IGS keine weitere Sporthalle, da ja auch der Schule die Dreifachsporthalle des Vereins Blau-Weiß-Borssum zur Verfügung stehe, die über eine gute Ausstattung verfüge. Von daher würde sich diese Frage nicht stellen. Bezüglich der Diskussion um die Einrichtung der IGS in der Wallschule bittet Herr Bornemann darum, die Entwicklung der Schulen abzuwarten. Er stellt fest, die Entscheidung für diesen Standort und diese Schulform sei getroffen worden. Seine Fraktion sei der festen Überzeugung, dass heute auch über den Planungsauftrag abgestimmt und somit der Beschluss insgesamt gefasst werden könne.

Herr Kaufhold gibt zu bedenken, dass in der Vergangenheit in den Überlegungen und den Beschlüssen des Rates der Stadt Emden sehr oft nicht schulpolitische, sondern kommunalpoliti-

Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Schulausschusses

sche Erwägungen die Hauptrolle gespielt hätten. Der Beratungsgegenstand der heutigen Vorlage sei eigentlich kein Grund, sie soweit auszudehnen. Man müsse versuchen, die vom Oberbürgermeister vorgeschlagene Lösung auch umzusetzen.

Herr Renken stellt fest, dass seitens der CDU-Fraktion mit allen Mitteln versucht werde, die Kostenfrage in den Mittelpunkt zu stellen und nicht das Wohl der Kinder und den Elternwillen. Es würde hier ein ganz konkreter Vorschlag auf den Tisch liegen, der überhaupt nicht die Dimension berühre, über die Herr Bongartz geredet habe. Er schlägt vor, heute den notwendigen Schritt zu gehen, damit die Unruhe an dem Schulstandort Osterburgschule endlich ein Ende habe.

Herr Brinkmann zeigt sich tief bestürzt über die Diskussion, wie sie hier jetzt laufe. Er erinnert daran, dass der Beschluss gefallen sei, ob eine IGS eingerichtet werde oder nicht und auch der Standort. Und da dieser nicht aufgehoben werde, habe er als Verwaltungschef die Aufgabe, diesen Beschluss umzusetzen. Er macht darauf aufmerksam, dass es in der heutigen Vorlage lediglich um die Errichtung der drei mobilen Klassenräume gehe und um die Ermächtigung der Verwaltung, die zur weiteren Planung des Raumbedarfs notwendigen Aufträge zu erteilen.

Herr Bongartz bemerkt, die Kosten für die IGS seien von der Stadt Emden allein zu tragen und würden nicht vom Land oder Bund bezuschusst. Dieses sei von entscheidender Bedeutung. Er sei manchmal über die gefassten Beschlüssen ein wenig fassungslos, doch man müsse diese akzeptieren. Weiter müsse man aber auch akzeptieren, dass es andere Auffassungen dazu geben würde. Vor einiger Zeit habe man sich im Rat über 30.000 € gestritten und jetzt würde man ganz einfach über 5,5 Mio. € entscheiden und dass über einen Nachtragshaushalt machen. Dabei wisse man nicht einmal, woher man das Geld nehmen solle. Er werde dem Planungsauftrag nicht zustimmen, da er sich vorab mit seiner Fraktion besprechen wolle.

Herr Bolinius schlägt vor, den Beschluss in zwei Teile aufzuteilen und darüber getrennt abzustimmen.

Herr Bornemann erklärt, er habe keine Bedenken gegen eine getrennte Abstimmung. Weiter gibt er zu bedenken, dass die Beträge bereits bei der Ratsentscheidung im letzten Jahr bekannt gegeben worden seien. Heute gehe es wirklich nur um eine Umsetzung.

Herr Brinkmann macht darauf aufmerksam, dass er die Verantwortung für den weiteren pünktlichen Ausbau ablehne.

Herr Bornemann stellt heraus, seine Fraktion sei bereit, den beiden Fraktionen zuzugestehen, getrennt über diese beiden Sätze abzustimmen. Jedoch würden beide Beschlüsse heute gefasst.

Herr Buisker erklärt, als Elternvertreter könne es ihm eigentlich ganz egal sein, woher das Geld komme. Die Hauptsache sei jedoch, die IGS nehme ihren Betrieb auf. Aus diesem Grunde könne er auch den Beschluss für die Container mittragen. Da letztendlich die Schule in Borssum durch die IGS doppelt so groß werde, würden diese Schüler an anderen Schulen fehlen. Ihn würde interessieren, welche Schuleinzugsgebiete am ehesten davon betroffen seien.

Herr Renken bemerkt, er stimme Herrn Brinkmann zu, wenn dieser sage, es herrsche Zeitdruck. Wenn man das Projekt auf der Grundlage des Ratsbeschlusses umsetzen wolle, dann seien auch die Kosten seit dem 11.06.2009 bekannt. Die Vorlage der Verwaltung hätte insgesamt 6,7 Mio. € an finanziellen Auswirkungen bedeutet. Der Vorschlag der SPD-Fraktion bedeutete 9,1 Mio. € finanzielle Auswirkungen. Über diese Dimension rede man heute. Wenn sich dort neue Zahlen ergeben würden, werde die Verwaltung mit Sicherheit entsprechende Informationen auf den Tisch legen. Er bittet darum, die heutige Vorlage zu beschließen.

Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Schulausschusses

Herr Buß bezieht sich auf die Frage von Herrn Buisker hinsichtlich der Schuleinzugsbereiche. In der Schulentwicklungsplanung sei bereits im letzten Jahr dargestellt, mit welchen Entwicklungen zu rechnen seien. Natürlich sei die Verwaltung nicht in der Lage, explizit nachzuweisen, wie viele Schüler aus welchen Grundschulen in welchen Jahren in welcher Stärke zur IGS wechseln würden. Fakt sei jedoch, dass die IGS bei einer Fünfüzigigkeit und voller Auslastung 900 Schülerinnen und Schüler beschulen könne, die aus dem ganzen Stadtgebiet kämen. Natürlich werde es in den anderen Schulen eine Entwicklung geben. Wenn sich diese Anmeldezahlen für die Zukunft bestätigen würden, stelle sich die Frage, inwieweit die tatsächlichen Schülerinnen und Schüler aus dem jeweiligen Grundschulbezirk auch ausgelost würden. Davon hänge die Zusammensetzung ab. Zudem werde die Hauptschule Cirksenschule aufgelöst. Dort würden die beiden Grundschulen einziehen. Auch habe man bereits im letzten Jahr dargelegt, dass allein am Standort GAT mit zehn leeren Räumen zu rechnen sei.

Herr Brinkmann stellt fest, im Jahre 2009 sei dazu Stellung genommen worden, was alles kosten werde und wie viele Räumlichkeiten freigesetzt würden. Lediglich die Rückläufer aus den weiterführenden Schulen seien nicht bekannt gewesen.

Herr Buß erläutert noch einmal die Zugänge zur Haupt- und Realschule Osterburg.

Herr Swieter bittet darum, nunmehr die Abstimmung vornehmen zu können und erklärt, der Antrag auf getrennte Abstimmung würde allgemeine Zustimmung finden. Er lässt zunächst über den Teil a) abstimmen und anschließend über den Teil b).

Abweichender Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird in zwei Teile aufgeteilt. Darüber wird getrennt abgestimmt.

- a) Am Schulstandort HRS Osterburgschule/IGS Emden werden zum 02.08.2010 zur Deckung des Raumbedarfs der HRS im Schuljahr 2010/2011 drei mobile Klassenräume errichtet.

Ergebnis: einstimmig

- b) Die Verwaltung wird ermächtigt, die zur weiteren Planung des Raumbedarfes notwendigen Aufträge zu erteilen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Ja-Stimmen: 7	Nein-Stimmen: 4	Enthaltungen: 1
---------------	-----------------	-----------------

TOP 5 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Schulausschusses

TOP 6 Anfragen

Herr Renken fragt an, wie sich die 150 Anmeldungen bei der IGS verteilen würden.

Herr Buß entgegnet, von den 149 Schülerinnen und Schülern, die an der neuen IGS aufgenommen würden, setze sich die Schülerschaft aufgeteilt nach Empfehlungen aus 35 Hauptschülern, 93 Realschülern und 21 Gymnasiasten zusammen. Er weist darauf hin, dass die Auslosung nicht nach Empfehlungen, sondern nach Notenpunkten vorgenommen worden sei.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.